

Der Parteitag beschäftigte sich außerdem noch mit der Frage des Arbeiterschutzes und der Bildung von Wirtschaftsgenossenschaften. Aus der Resolution über die Ausgestaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung ist besonders ein Passus hervorzuheben, der die Arbeiter angesichts des Stillstands der Gesetzgebung energisch zum Ausbau der Gewerkschaften auffordert. So greift die Arbeiterpartei, wenn sie an dem Aufstiege zu einer besseren Lebenslage gehindert wird, immer wieder zu ihrem alten Kampfmittel und sucht durch eigene Kraft zu ersetzen, was die Macht des Staates auszuführen ermangelt.

## Der fünfte Kongreß der spanischen sozialistischen Arbeiterpartei und die politische Lage in Spanien.

Von Heinrich Cunvir.

Vom 17. bis 20. September sind in Madrid zwei Kongresse abgehalten worden, die auf die sozialistische Bewegung Spaniens voraussichtlich von nachhaltiger Wirkung sein werden: der fünfte Kongreß der spanischen sozialistischen Arbeiterpartei (Partido socialista obrero) und der sechste Kongreß der zur „General-Union der Arbeiter“ vereinigten sozialistischen Gewerkschaften. Es ist dieser Parteitag der erste, der nach dem spanisch-amerikanischen Kriege stattfindet. Mehrmals einberufen, hat seine Tagung in Folge der politischen Wirren in Spanien immer wieder hinausgeschoben werden müssen. Bestimmt war, daß der fünfte Kongreß im Mai 1898 in Madrid abgehalten werden sollte. Der ausbrechende Krieg mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika nötigte jedoch das Nationalkomite, den Termin wiederholt hinauszuschieben; und als dann endlich Frieden mit der amerikanischen Regierung geschlossen war, hinderte die vom Kabinete Sagasta unter Hinweis auf die karlistisch-kerikalen Untriebe aufrecht erhaltene Suspension der „konstitutionellen Garantien“ die Abhaltung des Kongresses, denn die Suspension hebt das Versammlungsrecht auf und stellt die Genehmigung politischer Zusammenkünfte in das Belieben der oberen Militärbehörden. Im Februar fiel auch dieser Hinderungsgrund und das Nationalkomite kündigte nun die Einberufung des Kongresses für den Monat Mai an, mußte aber die Einberufung von Neuem zurückziehen, da das liberale Sagastasche Kabinete durch die Konservativen gestürzt wurde und das neue kerikal-konservative Ministerium Silvela-Bolabieja auf den 16. April die Neuwahlen für die Cortes aufsetzte.

Der endlich im September abgehaltene Kongreß unserer jungen Bruderpartei hatte demnach für sie eine ganz besondere Bedeutung; es war die erste Heerschar, die sie nach einem Kriege abhielt, der so manchen ihrer im besten Wachsen befindlichen Schöplinge vernichtet hatte. Das Jahr 1897 und das Frühjahr 1898 hatten der Partei guten Gewinn gebracht. Bei den am 27. März stattgefundenen Corteswahlen hatte sie über 20 000 Stimmen erhalten, obgleich sie, um die geringen Kräfte nicht zu zerplittern, nur in einigen wenigen größeren Industriestädten den Wahlkampf einigermaßen energisch geführt hatte. In Bilbao (Biscaya), dem Zentrum der Minenbezirke, hatte sogar die Wahl des Genossen Pablo Iglesias von den Minenbesitzern und der völlig von ihnen abhängigen Municipalverwaltung nur durch Mittel abgewehrt werden können, wie sie selbst in Spanien — und das will etwas sagen — zu den Ausnahmen gehören. Überall entstanden neue kleine Ortsgruppen, in einigen größeren Städten er-

oberten die Genossen Stadtrathssitze, und neben dem Madrider Zentralorgan, dem von Iglecias satirisch redigirten „Socialista“ (Sozialist) waren nach und nach sieben andere kleine lokale Blätter entstanden, die als Parteiorgane im engeren Sinne gelten konnten. So schien allenthalben endlich nach langer schwerer Agitationsarbeit die sozialistische Partei Einfluß auf die Massen gewinnen zu sollen, als der Krieg ausbrach und die meisten jungen Ansätze wieder fortsetzte. Handel und Industrie stockten fast gänzlich, die Industriellen schlossen ihre Fabriken oder arbeiteten nur mit einem Drittel oder Viertel der früheren Arbeiterzahl, der Schiffsverkehr verlegte und in den Hafenstädten, den Stützpunkten der sozialistischen Bewegung, sammelten sich Schaaren herumlungrender Arbeitslosen. Dazu stiegen die Lebensmittel enorm im Preise, manche Gegenstände um das Zweibis Dreifache. Der Rückschlag auf die Arbeiterbewegung war ein nachhaltiger; die Vereinsbeiträge blieben aus, die Abonnements auf die sozialistischen Zeitungen gingen zurück. Auch „El Socialista“ gerieth in finanzielle Schwierigkeiten. Besonders aber hatten die jungen Gewerkschaften, von denen die meisten erst eben festen Boden gefaßt hatten, unter der anhaltenden Arbeitslosigkeit und Preissteigerung zu leiden. Und als dann nach dem Friedensschluß sich das Geschäft wieder etwas regte, da hatten die Arbeiter vorerst genug zu thun, um die während der voraufgegangenen Zeit gemachten Schulden zu bezahlen und sich wenigstens das Allernöthigste anzuschaffen.

So wollte auch nach dem Kriege trotz der rührigsten Agitation die Bewegung nicht recht vorwärts. Erst in Folge des Rücktritts des liberalen Kabinetts und der sich daran anschließenden Wahlkämpfe wurde es etwas besser. Unter diesen Umständen können die 22.000 Stimmen, welche auf sozialistische Kandidaten bei den Wahlen im April gefallen sind, keineswegs als schlechtes Resultat gelten, zumal weit über die Hälfte dieser Stimmen sich auf die drei Städte Madrid, Bilbao und Saragossa vertheilt, wo allein eine wirklich regsame Wahlagitation betrieben worden ist. In Madrid, das an 8000 Stimmen aufbrachte gegen 5000 im Jahre 1898, kandidirten Pablo Iglecias und Jaime Vera, in Saragossa Antonio Garcia Quejido und in Bilbao, das sich unerwartet schlecht im Wahlkampf bewährte, ebenfalls Iglecias. Seitdem macht sich ein weiterer Umschwung zum Besseren geltend; neue Zweigvereine (Ortsgruppen) entstehen, die Beiträge fließen besser und auch die Presse und die von der Partei herausgegebenen Broschüren finden wieder mehr Absatz, so daß das Nationalkomitee es für gerathen erachtet hat, die Umgestaltung des bisher wöchentlich erscheinenden „Socialista“ in ein Tagesblatt zu befürworten.

Während der erste Kongreß der spanischen Arbeiterpartei die Prinzipien feststellte und die Parteiorganisation geschaffen, der zweite, dritte und vierte die Organisation ausgebaut und ein Municipal-Wahlprogramm aufgestellt hatten, beschäftigte sich der fünfte Kongreß vorwiegend mit Fragen der Taktik. Mit der größeren Theilnahme der Partei am politischen Leben, ihrer Theilnahme an den Cortes- und Kommunalwahlen hatte sich die Frage eingestellt: Wie verhalten wir uns gegenüber den vorgeschritteneren bürgerlichen Parteien, speziell dem linken Flügel der Republikaner und den republikanischen Föderalisten der Pi y Margallschen Richtung,<sup>1</sup> dürfen wir mit ihnen zusammengehen und unter welchen Bedingungen? Nach einem auf dem ersten Kongreß, dem Barcelonaer

<sup>1</sup> Man kann die republikanischen Föderalisten etwa mit den süddeutschen Volksparteilern vergleichen; vielleicht sind sie noch einige Nuancen kleinbürgerlicher und sozialistischer. Ihr Führer, der greise Advokat Pi y Margall ist ein idealistischer, kleinbürgerlicher Ideologe, aber ein Charakter.

Parteiitag, gefaßten Beschluß ist eine Koalition mit bürgerlichen Parteien bei den Wahlen verboten, doch wird dieses Verbot längst nicht mehr genau befolgt, aus dem einfachen Grunde, weil seine Innehaltung in der Praxis oft einfach auf eine Unterstützung des reaktionären Klerikalismus hinausläuft. Da es aber bisher den Lokalen Verbänden überlassen blieb, nach ihrem Ermessen zu handeln, wurde hier diese, dort jene Entscheidung getroffen, woraus sich allerlei Unzulänglichkeiten ergaben. Dem galt es möglichst vorzubeugen und eine allgemeine Norm zu schaffen. Der Kongreß hat nun erklärt, daß unter Umständen ein Zusammengehen mit den radikalere bürgerlichen Parteien, speziell, wenn es sich um Aufrechterhaltung der durch die Verfassung garantierten Freiheiten handelt, nicht nur zulässig, sondern direkt geboten ist, daß aber die Entscheidung darüber, wo und wann eine solche Koalition stattfinden kann, nicht den einzelnen Ortsgruppen, sondern ausschließlich dem Nationalkomitee zusteht. Die Beschlüsse lauten:

„In den Wahlkämpfen, ganz gleich, ob es sich um legislative, municipale oder provinzielle Wahlen handelt, haben alle Parteiangehörigen die Pflicht, sich an den Beschluß zu halten, den auf Vorschlag des Nationalkomitees die Partei beim Hervannahen der Wahlen faßt. Im Falle des Zuwiderhandelns gegen den Beschluß werden die Vereine oder Personen, welche Pakte oder Verträge mit bürgerlichen Parteien oder ihren Kandidaten eingegangen sind, oder zu Gunsten eines bürgerlichen Kandidaten thätig waren, aus der Partei ausgeschlossen, es sei denn, sie hätten in Unkenntnis gehandelt.“

Der Beschluß findet seine Ergänzung in einem anderen, der folgendermaßen lautet:

„In Anbetracht dessen, daß das Proletariat der durch das heutige Recht anerkannten politischen Freiheiten bedarf, um sich zu organisieren und bessere Lebensbedingungen in der heutigen Gesellschaftsordnung zu erlangen, erklärt der Kongreß, daß die sozialistische Partei verpflichtet ist, auf die Erhaltung jener Freiheiten zu achten. Der Beschluß des Barcelonaer Kongresses betreffs des Verhaltens gegen bürgerliche Parteien, der in der Hauptsache bestehen bleibt, hindert nicht, daß der Sozialist den vorgeschrittenen Parteien des bürgerlichen Lagers (*partidos avanzados dentro del campo burgués*) seine Unterstützung leiht, wenn die demokratischen Prinzipien Gefahr laufen, in der Praxis unterdrückt oder verfälscht zu werden, vielmehr ist es dann Pflicht, jene Haltung einzunehmen und jene Maßregeln zu treffen, welche die Umstände erheischen.“

Durch den Beschluß soll einerseits der Partei ihre Aktionsfreiheit, andererseits die Einheitlichkeit beim Angriff oder in der Abwehr reaktionärer Maßregeln gewahrt werden, damit sie nicht in eine Reihe selbständiger, nach ihrem besonderen Gutdünken handelnder Lokalverbände zerfällt: eine Gefahr, die bei den scharfen nationalen Gegensätzen, welche zwischen den verschiedenen Provinzen bestehen, ziemlich nahe liegt. Aus letzterem Grunde fand auch die weitere Bestimmung Annahme, daß die Provinzial- resp. Landesföderationen, d. h. die Organisationen, welche die Einzelverbände eines großen Distrikts umfassen,<sup>1</sup> ihre Statuten dem Nationalkomitee zur Genehmigung vorzulegen haben, und daß ferner die an das Nationalkomitee abzuliefernden Beiträge nicht von den Landesföderationen, sondern direkt von den einzelnen Vereinen entsprechend der Zahl ihrer Mitglieder an das Nationalkomitee abzuführen sind. Zugleich wurde, um letzteres unabhängiger von den freiwilligen Spenden zu machen, der Beitrag der Ortsgruppen erhöht. Während bisher die Ortsverbände für je 100 Mitglieder jährlich nur 10 Pesetas an

<sup>1</sup> Solche Landesföderationen sind in Biscaya und Asturien in der Bildung begriffen.

die Parteileitung zu zahlen hatten, müssen sie nun 15 Pesetas nach Madrid abliefern.

Der wichtigste Beschluß des Parteitags betrifft jedoch die Umgestaltung des „Socialista“ in eine Tageszeitung. Ginen hierauf bezüglichen Antrag hatten neben dem Nationalkomite auch noch die Sozialverbände von Bilbao und Valladolid eingebracht. Es sollen für 100 000 Pesetas kleine unverzinsbare Antheilscheine ausgegeben und diese nach und nach theils von den Ortsgruppen für eigene Rechnung übernommen, theils von ihnen unter ihren Mitgliedern abgesetzt werden. Sobald 50 000 Pesetas beisammen sind, wird mit der täglichen Herausgabe des Blattes begonnen werden, das den Untertitel „Offizielles Organ der Sozialistischen Partei und Vertheiliger der Gewerkschaften“ führen soll. Der Abonnementspreis ist auf 1 Peseta pro Monat festgesetzt und zugleich bestimmt worden, daß das Nationalkomite die Redaktion und Administration des Blattes zu ernennen, wie auch seine politische Haltung zu überwachen hat.

Sicherlich würde der Besitz eines täglichen Kampfblatts von größtem Werthe für die sozialistische Bewegung in Spanien sein, bisher mußte sie sich mit kleineren Blättern begnügen; aber, soweit Verfasser dieses von außerhalb zu beurtheilen vermag, wird der Beschluß kaum bald zur Ausführung gelangen. Die Absetzung der Antheilscheine im Betrag von 50 000 Mark unter der schlechtentlohnnten spanischen Arbeiterschaft dürfte nicht so leicht werden, wie die Befürworter des Projekts annahmen — doch eine starke Dosis Optimismus scheint nun einmal zu den unveräußerlichen Eigenschaften des spanischen Nationalcharakters zu gehören.

Eine sehr erregte Debatte entspann sich über den von der Ortsgruppe Alicante eingebrachten Antrag: „Aus der Partei sind alle Personen auszuschließen, die — abgesehen von unfreiwilligen und gerechtfertigten Fällen — die katholische oder eine andere Religion unterstützen, die nicht auf den Prinzipien der Freiheit, Sittlichkeit und des Laicismus beruht.“ Zu Gunsten des Antrags sprachen die Delegirten für Palma de Mallorca und Valencia, sowie der Präsident des Kongresses, Genosse Reoyo, während sich die Delegirten für Santander, Bilbao und für den „Marxistischen Verein von Barcelona“ gegen den Antrag wandten, den auch der Vorsitzende des Nationalkomites, Genosse Iglesias, bekämpfte. Schließlich wurde der Antrag als „nicht zur Verhandlung geeignet“ zurückgewiesen; unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Richtige, so berechtigt auch die Erbitterung über die Korruption des spanischen Klerus und sein unverschämtes provokatorisches Auftreten sein mag. Veranlaßt war der Antrag durch das Geschimpfe auf dem Katholikentag in Burgos und das später unter Leitung des Kardinals Cascajares ausgearbeitete Programm, das ungenirt das Verbot aller Vereine und Verbindungen fordert, die nicht katholisch sind.

So geht es auch in Spanien vorwärts, wenn auch langsam. Agitirt wird genug. Iglesias und Quejido haben den ganzen März und April hindurch, bald hier, bald dort, Versammlungen abgehalten, und Iglesias wird demnächst von Neuem eine Agitationstour aufnehmen. Auch die sozialistische Literatur (die wissenschaftliche wie die Broschürenliteratur) läßt wenig zu wünschen übrig. Neben einer guten spanischen Ausgabe des ersten Bandes von Marx' „Kapital“, überseht von argentinischen Genossen B. Justo, besitzen die spanischen Sozialisten eine Uebersetzung der Dewille'schen Bearbeitung des „Kapital“, ferner Uebersetzungen von Marx' „Glend der Philosophie“, Engels' „Ursprung der Familie“, Debille's „Prinzipien des Sozialismus“, Ferris' „Sozialismus und positive Wissenschaft“. Die Herausgabe einer Reihe weiterer Werke ist in Vorbereitung, darunter eine

Uebersetzung von Hector Denis' „Geschichte der ökonomischen und sozialistischen Systeme“ und von Bebel's „Frau und der Sozialismus“. Letzteres Werk ist zwar von der bekannten Schriftstellerin Barbo Dagan schon ins Spanische übersetzt, doch ist die Uebertragung so mangelhaft, daß die Leitung der spanischen „Bibliothek der Sozialwissenschaften“ beschlossen hat, eine bessere Uebersetzung nach der letzten deutschen Ausgabe zu veranstalten. Auch die kleinere Broschürenliteratur enthält manches werthvolle Werkchen.

Wenn trotz dieser Anstrengungen die sozialistische Bewegung erst einen relativ engen Kreis besser gestellter Arbeiter ergriffen hat, so deshalb, weil die Großindustrie Spaniens im Ganzen noch wenig entwickelt und das Niveau der Volksbildung ein außerordentlich niedriges ist; giebt es doch sehr viele Arbeiter, die überhaupt nicht fähig sind, eine Zeitung zu lesen. Sineu kommt der Einfluß eines breiten schmarogenden Klerus — in Spanien entfällt auf 120 Personen beiderlei Geschlechts immer ein streitbarer Diener oder eine Dienerin der *ecclesia militans* — und ferner die nationalen Gegensätze zwischen Kataloniern, Kastilianern, Andaluslern u. s. w.: Gegensätze, die in manchen Gegenden eine ähnliche Heftigkeit erlangt haben, wie die nationalen Gegensätze in Oesterreich-Ungarn, und die in dem kleinlichen Regionalismus, der Kirchturmsinteressenpolitik, ihren Ausdruck finden. Und dann jene chronische Stagnation, in der sich Spanien befindet, eine Stagnation, die keineswegs erst durch den amerikanischen Krieg heraufbeschworen, wohl aber durch ihn noch verschlimmert worden ist — jenes örtliche Koterienwesen, jene Abhängigkeit der lokalen Verwaltungen vom höheren Klerus, jenes Fortleben des Adels in mittelalterlichen feudalklerikalen Traditionen, jene Faulheit und sprichwörtliche Korruption der Bureaucratie, an welchen alle Reformversuche scheitern. Es ist ja sehr bequem, der spanischen Regierung vorzuwerfen, daß sie nicht große Reformen durchführt; aber der Vorwurf ist noch weit feltamer, wie die von freistänigen Ideologen erhobene Forderung, die preußische Regierung solle in den preußischen Ostprovinzen freistänig regieren. Selbst eine weit befähigtere Regierung, wie das gegenwärtige konservativ-klerikale Cabinet Silvela, vermüchte unter den heutigen Verhältnissen nur im alten Geleise fortzuwursteln. Gegen den höheren Klerus ist sie völlig machtlos, ebenso gegen den im Militäradel herrschenden klerikal-feudalen Geist, und etwaige ernsthaftige Reformen, die sie durchführen wollte, würden einfach an dem passiven Widerstand der ebenfalls größtentheils unter klerikalem Einfluß stehenden lokalen Verwaltungen zerschellen.

Dazu kommt die finanzielle Schwierigkeit, in die Spanien der Krieg gebracht hat. In dem vor einigen Monaten vom Finanzminister Villaverde vorgelegten Etat, dessen Gesamtausgaben sich auf 937 Millionen Pesetas belaufen, werden allein 418 Millionen zur Deckung der Zinsen der öffentlichen Schuld verlangt, und von vielen Keimern der spanischen Finanzen wird diese Summe als zu niedrig bezeichnet. Weiter fordert der Finanzminister betrahe 190 Millionen für das Heer, 26½ Millionen für die Marine, fast 42 Millionen für den Klerus. Dagegen beträgt die Forderung für den „öffentlichen Unterricht“ (Schulen der verschiedensten Art, auch Universitäten und Fachschulen, ferner Archive, Bibliotheken, Museen u.) nur 13¼ Millionen Pesetas, für das Gesundheitswesen 678 662 Pesetas und für das Studium der Lage der arbeitenden Klasse zur Durchführung von Reformen und Verbesserungen ganze 3000 Pesetas. Besser wie lange Beschreibungen illustriert der Etat die spanischen Landesverhältnisse, besonders wenn man nicht nur die großen Ziffern betrachtet, sondern ins Einzelne geht. Von den ungefähr 190 Millionen Pesetas an Ausgaben für

Heereszwecke entfallen z. B. nahezu 17 Millionen auf die Erhaltung militärischer Stiftungen und 36 Millionen auf Pensionen, zum großen Theile auf Pensionen an Leute, die einen eigentlichen Dienst nie gethan haben, sondern nur Ehrenposten bekleideten. Noch interessanter wird das Bild, wenn man die Ausgaben für den Klerus prüft, der ja mit den 42 Millionen Pesetas, die ihm der Staat spendet, lange nicht auskommt, sondern außerdem enorme Einkünfte aus Besitzungen, Stiftungen, Schenkungen, Testamenten, freiwilligen Gaben zc. zc. bezieht. Das kleine Spanien hat allein 9 Erzbischöfe, 51 Bischöfe und über 1200 Dom- und Stiftsherren, die durchweg ein zwei-, drei-, ja viermal höheres Gehalt beziehen, wie in Frankreich. Es ist ausgerechnet worden („El Socialista“, Nr. 708), daß wenn der hohe spanische Klerus entsprechend den französischen Verhältnissen reduziert und entlohnt würde, der Staat zwei Drittel seiner jetzigen Ausgaben für die höhere Geistlichkeit sparen könnte, und doch lebt der hohe Klerus bekanntlich auch in Frankreich nicht schlecht.

Es ist daher begreiflich, wenn in den Kreisen ehrlicher spanischer Politiker vielfach die Ansicht herrscht, Spanien könne nur durch eine Revolution gereinigt werden, die wenigstens zum Theile das öffentliche Schmarokertum hinwegfegt. Aber für eine derartige Revolution ist vorläufig wenig Aussicht, der entschiedene freisinnige Republikanismus hat außer Gelehrten nur einen relativ kleinen Theil der Kleinbürgerschaft hinter sich, und die sozialistische Arbeiterschaft ist noch zu schwach. Möge es dem Sozialismus gelingen, bald immer weiteren Einfluß auf den intelligenteren Theil der Massen zu gewinnen trotz aller entgegenstehenden Hindernisse.

## Der Arbeiterschutz in der Phosphorzündholz-Industrie.<sup>1</sup>

Von Paul Umbreit.

Anläßlich der durch die bekannten Erhebungen der Gewerbeaufsichtsbeamten ausverollten Frage des sanitären Arbeiterschutzes, mit besonderer Rücksicht auf Einführung eines sanitären Maximalarbeitstags, ist es gewiß von Interesse zu untersuchen, wie die bisherigen hygienischen Reformen in gesundheitsgefährlichen Berufen gewirkt haben. Die deutsche Gesetzgebung hat bis jetzt zwanzig Berufe besonderer Schutzverordnungen bedürftig erachtet, unter denen sich hinsichtlich notorischer Gesundheitsgefahr neben der Weißfarben- wohl die Phosphorzündholzfabrikation an erster Stelle befindet. Es ist bekannt, und zwar nicht erst seit jüngster Zeit, daß der Phosphor, und zwar dessen weiße und gelbe Art, nicht allein schwere Verbrennungen und Vergiftungen, sondern auch Knochenkrankungen mit vielfach tödtlichem Ausgange verursacht, welche Gefahren seit Langem den Angriffspunkt prophylaktischer Bestrebungen und Maßnahmen der öffentlichen Hygiene bilden. Bereits am 13. Mai 1884 erließ die Reichsregierung ein Gesetz, wonach Zündhölzer mit weißem Phosphor nur in ausschließlich dazu bestimmten Anlagen hergestellt, und wonach in Räumen, in denen a) die Zubereitung der Zündmasse, b) das Tunken der Hölzer und c) das Trocknen der getunkten Hölzer erfolgt, Jugendliche unter 16 Jahren, und ferner in Räumen, in denen d) das Abfüllen der Hölzer und deren erste Verpackung geschieht, Kinder nicht beschäftigt werden dürfen. Im Jahre 1893 wurde dieses Gesetz durch eine 18 Paragraphen umfassende bundesrätliche Bekanntmachung (vom 8. Juli 1893) interpretirt und erweitert, nach welcher für die unter a bis d vorbenannten gefährlichen Handlungen besondere Arbeitsräume

<sup>1</sup> Wegen andauernden Raummangels erheblich verspätet.